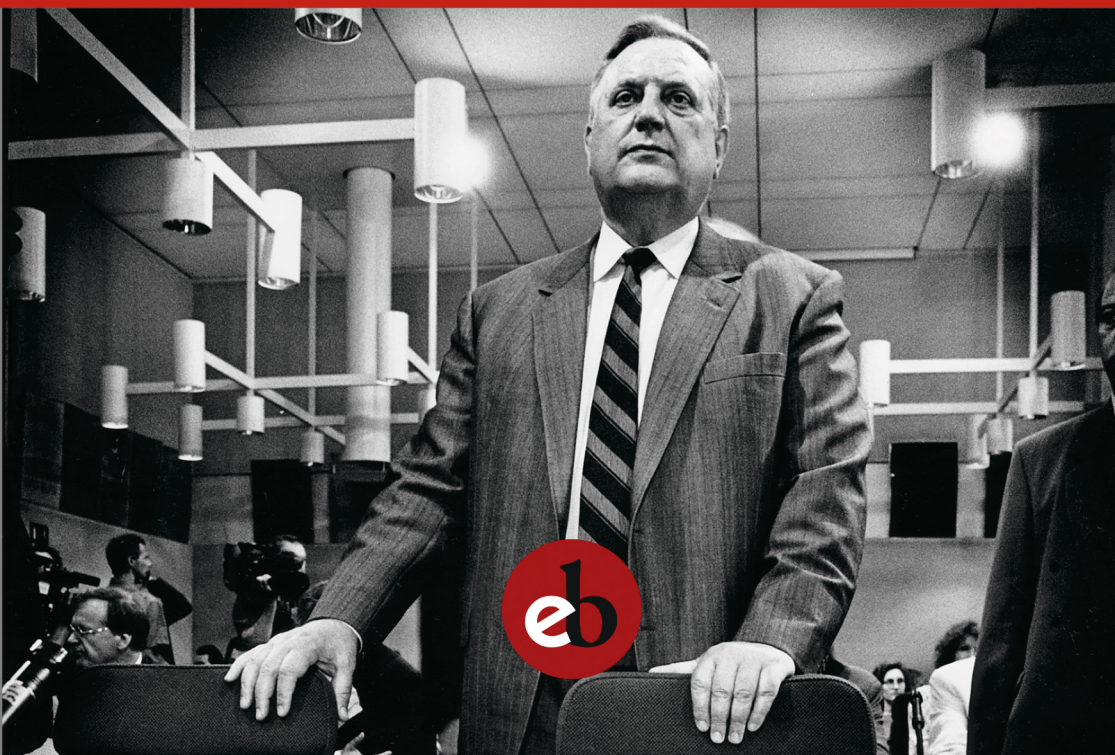
Matthias Judt

KoKo – Mythos und Realität

Das Imperium des Alexander Schalck-Golodkowski



Tel.: 01805 / 30 99 99
(0,14 Euro/Min., Mobil max. 0,42 Euro/Min.)
www.buchredaktion.de

Zum Autor

Matthias Judt, geboren 1962, Studium der Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin 1983-1987, danach Stationen als Wissenschaftlicher Mitarbeiter u.a. in Berlin, Hannover, Halle-Wittenberg sowie in den USA, seit 2005 am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).

Matthias Judt

KoKo – Mythos und Realität

Das Imperium des Alexander Schalck-Golodkowski

edition berolina

Entstanden mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam

Editorischer Hinweis
Bei den Quellenangaben in den Fußnoten wird mit Kurztiteln gearbeitet, die in vollständiger Fassung im Literaturverzeichnis im Anhang des Buches zu finden sind. Bei Archivdokumenten, auf die mehrfach verwiesen wird, wurden ebenfalls Kurzbezeichnungen definiert. Die vollen Titel der Schriftstücke werden am Beginn der Liste mit den verwendeten Archiven, alphabetisch geordnet, aufgeführt.

Der ehemals im Bundesarchiv gesondert geführte Bestand zu KoKo (DL 2/KoKo) wird zurzeit in den Bestand des Ministeriums für Außenhandel (DL 2) eingearbeitet und dabei neu nummeriert. In dieser Studie werden die früheren Signaturen des KoKo-Bestandes verwendet, deren neue Signatur über Konkordanzlisten im Bundesarchiv erschlossen werden können.

Schwärzungen in MfS-Dokumenten sind entsprechend den Nutzungsregeln des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit … gekennzeichnet worden.

edition berolina

ISBN 978-3-95841-020-6

1. Auflage dieser Ausgabe

Alexanderstraße 1
10178 Berlin
Tel. 01805 / 30 99 99
Fax 01805 / 35 35 42
(0,14 €/Min., Mobil max. 0,42 €/Min.)
© 2015 by BEBUG mbH / edition berolina, Berlin
© 2013 by Ch. Links Verlag, Berlin
Umschlaggestaltung: BEBUG mbH, Berlin
Umschlagabbildungen: © ullstein bild - Klaus Mehner und
© ullstein bild - Schüring
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

www.buchredaktion.de

Inhalt

Einleitung: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung – Mythos und Realität 9

1. Wichtige Quellen für die Untersuchung 16
2. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung im Wirtschaftssystem der DDR 21
3. Entwicklungsphasen von KoKo 29

1966 bis 1981: Außenhandel und Entspannungspolitik 33

1. Start in schwierigem Umfeld: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und das Beleben des DDR-Westhandels seit Ende der 1960er Jahre 34
2. Diplomatie und Geschäft: Die wachsende Bedeutung der KoKo 48
2.1. Der DDR-Außen- und innerdeutsche Handel in den 1970er Jahren 48
2.2. Verstetigte Devisenerwirtschaftung durch KoKo: Die Lieferung von Mineralölerzeugnissen nach Berlin (West) und in die Bundesrepublik 62
2.3. Verstetigte Devisenerwirtschaftung durch KoKo: Müllgeschäfte in den 1970er Jahren 67
2.3.1. Später Eintritt von KoKo: Müllgeschäfte mit Berlin (West) 67
2.3.2. Hamburg: Der Müllimport wird zur Routine 74
2.4. Verstetigte Devisenerwirtschaftung durch KoKo: »Inlandsexporte« als Geschäfte mit der Spaltung 76
2.4.1. Intershop in den 1970er Jahren: DDR-Bürger erhalten Zutritt 78
2.4.2. Genex – ein besonderes Versandhaus im Inlandsexport 83
2.5. Verstetigte Devisenerwirtschaftung durch KoKo: Die Zwangsvertretung westlicher Firmen im Handel mit der DDR 86
3. Fortgesetzte Devisenbeschaffung: KoKo als Kreditnehmer bei westlichen Gläubigern 89

4. Kompensationsvorhaben und KoKo 94
4.1. Das Kompensationsprinzip 94
4.2. Kompensationsvorhaben in den 1970er Jahren 98
4.3. Zwei Beispiele für Kompensationsvorhaben 105
4.3.1. Mehr Kraftstoffe für Berlin (West) 105
4.3.2. Keine Produktion westlicher Kraftfahrzeuge in der DDR 112
5. Fragwürdige Geschäfte mit KoKo-Beteiligung: Die Kirchengeschäfte A, B und C 118
5.1. Die Kirchengeschäfte A und C 120
5.2. Der Freikauf politischer Gefangener aus der DDR 125
6. Fazit: KoKo etabliert sich als wichtiger wirtschaftlicher Faktor 129

1981 bis 1984: Die Kreditkrise vom Beginn der 1980er Jahre und ihre Bewältigung 131

1. Gründe für das Entstehen der Kreditkrise 134
2. Wege aus der Kreditkrise 142
2.1. Verstärkter Außenhandel 142
2.2. Liquidität für den »Satellitenstaat«: Die UdSSR hilft der DDR 147

Exkurs: Liquidität zu einem hohen Preis – Ölgeschäfte mit Österreich und Schweden 156

2.3. Liquidität für den »anderen Teil Deutschlands«: »Strauß-Kredite« an die DDR und »Zürcher Modell« 158
2.4. Liquidität durch Mangel: Der Beitrag der Bevölkerung zur Bewältigung der Kreditkrise 166
3. Ende der Kreditkrise 172

1985 bis 1989/90: KoKo und das Ende der DDR 175

1. Außen- und innerdeutscher Handel der DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre 176
2. Verstetigte Devisenerwirtschaftung durch KoKo: Energiegeschäfte mit Berlin (West) 183
2.1. Mineralölgeschäfte mit Berlin (West) und der Bundesrepublik 183
2.2. Ein Kuriosum: Der deutsch-deutsche Stromverbund 188
3. Verstetigte Devisenerwirtschaftung durch KoKo: Müllgeschäfte in den 1980er Jahren 192

3.1. Fortsetzung des Langfristvertrages mit Berlin (West) 192
3.2. Müllgeschäfte mit Hamburg 200

Exkurs: Eine weitere Deponie wird geplant 204

4. Geschäfte mit der Spaltung:
Intershop und Genex in den 1980er Jahren 206
4.1. Intershop und die Forum Handelsgesellschaft 206
4.2. Genex: Sinkende Konkurrenzfähigkeit für DDR-Produkte
im Inlandsexport 208
5. Ein zweiter Modernisierungsschub?
KoKo und Kompensationsgeschäfte in den 1980er Jahren 211

Exkurs: KoKo und das Mikroelektronikprogramm 217

6. Sondergeschäfte mit den Kirchen in den 1980er Jahren 219
6.1. Die Sondergeschäfte A und C 219
6.2. Häftlingsfreikäufe in den 1980er Jahren 221
7. KoKo und das Ende der DDR 228
8. War die DDR 1989 am Ende? 234

Was war KoKo? 243

1. Was war KoKo – marktwirtschaftliche Nische
oder virtuelle Freihandelszone? 244
2. Mythos KoKo 252
3. Von Nutzen oder schädlich:
Hat KoKo der DDR geholfen oder geschadet? 256

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 272
Tabellenverzeichnis 274
Literatur- und Quellenverzeichnis 278
Personenregister 291
Dank 297
Angaben zum Autor 299

Einleitung: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung – Mythos und Realität

»Als ich in der eiskalten Nacht vom 2. zum 3. Dezember 1989 mit meiner Frau Sigrid zum [Ost-Berliner] Grenzübergang Invalidenstraße fuhr, fühlte ich mich von meinem Staat, meiner Partei [der SED] und dem MfS [dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR] – dem wir beide angehörten – verlassen. Ich hatte Angst um mein Leben. Für mich war dieser Grenzübergang eine Flucht. Vorausgegangen waren in diesem Herbst 1989 die turbulentesten Wochen meines Lebens.«[1]

Alexander Schalck-Golodkowski, aus dessen im Jahre 2000 veröffentlichten »Deutsch-deutschen Erinnerungen« dieses Zitat stammt, floh überstürzt. Schalck war gerade erst von einer Dienstreise zum Diakonischen Werk in Stuttgart zurückgekehrt. Bis kurz nach Mitternacht hielt er sich noch im Dienstgebäude der KoKo in der Ost-Berliner Wallstraße auf, um nur wenige Minuten später, um 0.40 Uhr, gemeinsam mit seiner Frau den Grenzübergang in der Invalidenstraße zu passieren.[2]

Er löste mit der Flucht hektische Aktivitäten bei der ostdeutschen Partei- und Staatsführung aus. Noch am 3. Dezember 1989 ordnete der nur wenige Wochen zuvor gewählte Ministerpräsident Hans Modrow an, dass aus »Gründen der nationalen Sicherheit [...] mit sofortiger Wirkung der Einsichtnahme in die Geschäftsakten der Hauptabteilung I des Bereiches Kommerzielle Koordinierung nicht stattgegeben« werde. Dieser Abteilung der KoKo (wie der Bereich intern abgekürzt genannt wurde) oblagen unter anderem solche Geschäfte, die unter Umgehung westlicher Embargos durchgeführt wurden. Die DDR-Regierung fürchtete, dass ein Offenlegen der Geschäftsverbindungen der Firmen der Hauptabteilung I (HA I) »zu einem außerordentlich hohen außenpolitischen und finanziellen Schaden für die DDR und zur Gefährdung von Personen führen« könnte. In der Anordnung wurden besonders zu schützende Firmen, die mit der HA I zusammenarbeiteten, aufgelistet. Darunter befanden sich Unternehmen, die KoKo selbst gehörten (wie das Waffenhandelsunternehmen IMES), dem MfS zuzuordnen waren (wie z. B. CAMET Industrievertretungen oder Delta Export und Import GmbH) oder sich im Besitz der SED befanden (wie die Simpex GmbH). Sie waren in der Vergangenheit wie auch die ebenfalls aufgelisteten privaten Vertretergesellschaften Forgber und F. C. Gerlach von KoKo angeleitet worden.[3]

Das MfS leitete Fahndungsmaßnahmen gegen Dutzende von leitenden Mitarbeitern des Bereiches Kommerzielle Koordinierung und wichtiger Kom-

1 Schalck 2000, S. 15. Die Einfügungen stammen vom Verfasser dieser Studie.
2 Vgl. Arbeitsgruppe BKK, »Information HA VI/OLZ« (vom 3. Dezember 1989), in BStU, MfS, AG BKK, Nr. 25, Bl. 25; »Anwesenheit im Dienstgebäude Bereich Kommerzielle Koordinierung Wallstraße am 2.12.1989« (o. D.), in ebd., Bl. 27.
3 Vgl. »Anordnung« (vom 3. Dezember 1989), in BStU, MfS, AG BKK, Nr. 25, Bl. 53 – 64, hier Bl. 53, 56 und 57 f.

binate in der DDR, die mit ihm zusammengearbeitet hatten, ein.[4] Es wurde befürchtet, weitere wichtige Mitarbeiter von KoKo, der Firmen des Verbundes oder anderer wichtiger Unternehmen der DDR könnten es Schalck gleichtun und das Land ebenfalls verlassen.

Die DDR-Regierung befürchtete zudem, der langjährige Leiter von KoKo könnte sich Zugriff auf die Auslandskonten dieser Institution verschaffen. Schalcks Stellvertreter, Manfred Seidel, wurde deshalb sofort angewiesen, sämtliche Konten von KoKo im In- und Ausland der möglichen Kontrolle durch den Geflohenen zu entziehen.[5] Kurze Zeit später, am 6. Dezember 1989, wurde er selbst in Haft genommen.[6]

Mit diesen ersten Maßnahmen wurde das Ende eines geheimnisumwitterten Wirtschaftsimperiums eingeleitet, von dessen Existenz die Bürger der DDR erst wenige Wochen zuvor überhaupt erfahren hatten.

Ende Oktober 1989 war Schalck in einer Sendung des DDR-Jugendfernsehens vorgestellt worden. Dabei präsentierte man ihn als durchaus fähigen Verhandler in den Ex- und Importgeschäften der DDR. Neben der dabei mitschwingenden Hochachtung wurde er allerdings bereits in diesem Interview mit solchen Fakten konfrontiert, die ihn und den Bereich in ein eher schlechtes Licht rückten. Ging es am 30. Oktober 1989 in der Sendung »AHA« noch allein um die Versorgung der SED-Führung mit westlichen Gütern an ihrem abgeschotteten Wohnort in der Waldsiedlung bei Wandlitz, trugen andere Nachrichten, die in den nachfolgenden Wochen bekannt wurden, wesentlich dazu bei, Schalck und KoKo zu einem Sündenbock für die gescheiterte Politik der Partei- und Staatsführung zu machen.[7]

Im November und Dezember 1989 wurden in Kavelstorf bei Rostock und in Mühlenbeck bei Berlin Lagerräume zweier Firmen entdeckt, die die Geschäftstätigkeit von KoKo in der Tat fragwürdig erscheinen lassen mussten. Das in Kavelstorf entdeckte Waffenlager der KoKo-Firma IMES zeigte, dass sich die DDR am internationalen Waffenhandel beteiligt hatte, was dem in der eigenen Propaganda so intensiv gepflegten Bild vom »Friedensstaat« gründlich zuwiderlief.[8] In Mühlenbeck wiederum lagerte die Kunst & Antiquitäten GmbH (K&A) Kunstgüter und wertvolle Antiquitäten für den Verkauf

4 Vgl. Arbeitsgruppe BKK, »Einleitung von Fahndungsmaßnahmen« (vom 3. Dezember 1989), in BStU, MfS, AG BKK, Nr. 25, Bl. 30.

5 Vgl. u. a. »Status über [sic!] das Konto 0628« (von Anfang Dezember 1989), in BA, DL 2/KoKo, Nr. VA 818, Bl. 51f. Siehe auch Buthmann 2003, S. 57.

6 Vgl. Arbeitsgruppe BKK, »Einleitung von Fahndungsmaßnahmen« (vom 3. Dezember 1989), in BStU, MfS, AG BKK, Nr. 25, Bl. 30.

7 Vgl. Judt 2009, S. 307 – 315 und 630 – 633, hier S. 309; Bahrmann / Links 1994, S. 66 f., dort die Sendung des DDR-Jugendfernsehens »AHA« vom 30. Oktober 1989 zitierend; Steiner 2009, S. 249 – 274.

8 Vgl. Borchert 2006, S. 192 – 194.

in westlichen Ländern, die zuvor zum Teil unter Anwendung rigider steuerrechtlicher Bestimmungen bei Sammlern in der DDR eingezogen worden waren.[9] Zum Jahreswechsel 1989/90 geriet die Übernahme von Abfällen aus Berlin (West), mehreren Bundesländern der Bundesrepublik und einigen weiteren westeuropäischen Staaten in den Blickpunkt, die ebenfalls durch eine KoKo-Firma (Intrac) abgewickelt wurde. Im Zusammenwirken von Umweltgruppen aus Berlin (West) und Anwohnern von Mülldeponien im Berliner Umland, auf die Abfallstoffe aus dem Westen verbracht worden waren, kam es zu öffentlichen Protesten, die schließlich zum vorläufigen Ende bzw. zur zeitweiligen Unterbrechung der Verkippungen führten.[10] Schließlich hatte KoKo das verhasste Ministerium für Staatssicherheit mit westlicher Spionagetechnik versorgt und nicht nur dafür westliche Embargobestimmungen bewusst umgangen. Überhaupt stellte die enge Verbindung zwischen KoKo und MfS (dessen Dienststellen in der DDR seit Anfang Dezember 1989 von den Bürgern besetzt wurden) eine weitere Tatsache dar, die dem »Leumund« des Bereiches nur abträglich sein konnte.

Schalcks Flucht nach Berlin (West) in der Nacht zum 3. Dezember 1989 tat vor diesem Hintergrund ihr Übriges. In der öffentlichen Meinung konnte der Eindruck erzeugt werden, da sei jemand geflohen, der sich etwas vorzuwerfen habe. Der am 18. November 1989 von der letzten nicht frei gewählten Volkskammer eingerichtete Untersuchungsausschuss zum Amtsmissbrauch durch die SED-Führung war bei Vorlage eines ersten Zwischenberichts am 1. Dezember 1989 aufgefordert worden, KoKo-Chef Schalck vorzuladen.[11] Dem entging dieser durch den Übertritt nach Berlin (West).

Seit dem Spätherbst 1989 herrschte in der Charakterisierung von KoKo ein überwiegend negatives und auf die gerade genannten Aktivitäten fokussiertes Bild vor. Binnen weniger Wochen prägten dämonisierende Begriffe die Diskussion.

Vordergründig in Reaktion auf die Ereignisse entzog die DDR-Regierung öffentlichkeitswirksam die dem KoKo-Firmengeflecht jahrzehntelang gewährten besonderen Rechte und stellte seine Unternehmen den volkseigenen Außenhandelsbetrieben gleich. Sie veranlasste, dass einzelne, besonders »belastete« KoKo-Firmen (wie IMES und K&A) bis zum Jahresende ihre Geschäftstätigkeit einstellten und danach in die Liquidation gingen.[12]

Andere KoKo-Unternehmen wurden jedoch umfirmiert oder veranlasst, Teile ihrer bisherigen Geschäfte an eigens neu gegründete Tochterfirmen ab-

9 Ausführlich dazu: Bischof 2003; Anton 2010, S. 1029 f.
10 Vgl. Park 2004.
11 Vgl. Volkskammer, Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 343 – 353, hier S. 344 und 347 – 349.
12 Vgl. Bericht vom 12. März 1990, Bl. 156 – 158.

zugeben. An der Jahreswende 1989/90 wurden sie offensichtlich als solche Unternehmen angesehen, die in der zu dieser Zeit von der letzten SED-geführten DDR-Regierung noch angestrebten grundlegenden Wirtschaftsreform eine wichtige Rolle spielen würden.[13]

Die Intrac gründete mit der AWUS Abfallwirtschaft und Umweltservice GmbH ein hundertprozentiges Tochterunternehmen, das in den nachfolgenden Jahren das Abfallgeschäft mit westlichen Partnern fortsetzte. Die Forum HGmbH, die bisher das Netz der Devisenläden in der DDR betrieben hatte, versuchte vor dem Hintergrund des absehbaren Endes der Intershopläden mit zwei Neugründungen (Service GmbH und Projekt GmbH) einen Neustart unter Einbezug von KoKo-fremden Partnern. Die Vertreterfirma Transinter wurde zum einen in Berliner Makler- und Handelsvertretergesellschaft mbH (BMH) umbenannt. Zum anderen gründete sie mehrere Tochtergesellschaften ebenfalls mit KoKo-fremden Partnern und strukturierte schon bestehende Beteiligungen an anderen Gesellschaften neu. Die erst 1977 gegründete Berliner Import- und Exportgesellschaft mbH (BIEG), die bisher vor allem mit Textilien und Schuhen gehandelt hatte, startete mit westdeutschen Partnern zwei Joint Ventures (Sachsenbörse und SPL Sanitärtechnik GmbH).[14]

Bis Ende März 1990 stellte der den Firmen zuvor übergeordnete Bereich Kommerzielle Koordinierung seine Tätigkeit offiziell ein. Die Abwicklung der von ihr kontrollierten Firmen sollte sich noch über Jahre hinziehen und zum Gegenstand der Untersuchungen mehrerer parlamentarischer Ausschüsse im wiedervereinigten Deutschland nach 1990 werden.[15]

Mit der Auflösung von KoKo ging eine fast 25 Jahre währende Geschichte eines wichtigen Instruments des DDR-Außenhandels anscheinend ohne Glanz und Gloria zu Ende. Dabei hatte der Bereich Kommerzielle Koordinierung, der mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 im Vollzug einer sechs Monate zuvor erfolgten Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR gebildet worden war, große wirtschaftliche Bedeutung für Ostdeutschland.[16]

Nach Angaben seines langjährigen Chefs hatte KoKo in dem knappen Vierteljahrhundert des Bestehens »insgesamt ca. 25 Milliarden DM erwirtschaftet«.[17]

13 Vgl. Seibel 2010. Siehe auch: Fragen 1990.

14 Vgl. »Übersicht zu Veränderungen im Status der Betriebe des Bereiches Kommerzielle Koordinierung per 6. 3. 1990«, in BA Berlin, DL 2/KoKo, Nr. 845, Bl. 180 – 183.

15 Vgl. u. a. Bundestag 1994 a; Bundestag 1998; Landtag MV 1994.

16 Vgl. »Verfügung Nr. 61/66« (des Vorsitzenden des Ministerrates) vom 1. April 1966 (im folgenden Verfügung Nr. 61/66), abgedruckt in Fischer 1993, hier Dokument 2; »Mitteilung des Ministers für Außen- und innerdeutschen Handel über die erfolgte Bildung des Bereiches ›Kommerzielle Koordinierung‹ und die Festlegung ihrer Hauptaufgaben, Befugnisse und Pflichten mit Wirkung vom 01. 10. 1966« [o. D. Ende 1966], abgedruckt in ebd., hier Dokument 3.

17 Schalck 2000, S. 171.

Mehrfach mit den höchsten Orden der DDR ausgezeichnet, war es zu einem ganz wesentlichen Teil Schalck selbst, der maßgeblich am Einfädeln wichtiger Geschäfte des Bereiches, der Expansion von KoKo in den 1970er und 1980er Jahren und letztendlich diesem offensichtlichen Erfolg des Unternehmensverbundes beteiligt war.

Als KoKo im Herbst 1989 in der DDR öffentlich wahrgenommen wurde, sollten diese Fakten jedoch so gut wie keine Rolle spielen. Frühe Warnungen vor einem Fehlurteil über die gesamten KoKo-Geschäfte verhallten zunächst.[18] »Wandlitz« als Synonym für Privilegien und Amtsmissbrauch seitens der SED-Führung, der Verkauf von Kriegsgerät (selbst in Krisengebiete), die Müllgeschäfte und das »Verscherbeln« von Kulturgütern sollten zudem auf Jahrzehnte die öffentliche Meinung über den Bereich Kommerzielle Koordinierung im vereinigten Deutschland prägen. Die Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern beschäftigten sich in den 1990er Jahre ausgiebig gerade mit jenen Geschäftsaktivitäten der KoKo-Unternehmen, die bereits im Herbst 1989 im Vordergrund der öffentlichen Debatten gestanden hatten.

Die Berichte dieser Untersuchungsausschüsse haben die in den Jahren danach erschienenen Publikationen sehr stark geprägt. Die in vielen Fällen eher von Publizisten als von Historikern verfassten Bücher zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie das »Skandalöse« und »Sensationelle« an der Tätigkeit von KoKo besonders herausstellten und somit das schon bestehende negative Bild bis in die Gegenwart noch festigten.[19] Selbst wichtige Mitarbeiter des Bereiches, wie zum Beispiel der Chef des sogenannten Handelsbereichs 4, Gerhardt Ronneberger, verstärkten mit ihren, nach dem Ende der DDR erschienenen Büchern diesen Eindruck. Der von ihm geführte Bereich war in der Vergangenheit maßgeblich am Schmuggel von embargobewehrter Ware in die DDR beteiligt.[20]

Schalck selbst stellte den Bereich Kommerzielle Koordinierung in seinen Memoiren aus nachvollziehbaren Gründen ausgewogener dar.[21] Eine Gesamtschau auf die Geschichte von KoKo konnten und sollten sie jedoch nicht sein. Die Rezensenten gerade dieses Buches fanden in der Regel daher keine guten Worte: Schalck stelle sich einen »Persilschein in eigener Sache« aus.[22] Die Memoiren seien »unverfroren« und hätten »dem bisher Bekannten nichts Neues

18 Vgl. u. a. Alexander Osang, »Intrac GmbH – alles klar?«, in: *Berliner Zeitung* vom 8. Dezember 1989.
19 Vgl. u. a. Bahrmann / Fritsch 1990; Koch 1992; Przybylski 1992; Behling 2007.
20 Ronneberger 1999.
21 Vgl. Schalck 2000.
22 Rezensionsnotiz in *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. September 2000.

hinzugefügt«.[23] Er habe »Seine ungenaue Wahrheit« – so der Titel einer weiteren Rezension – bei der Beschreibung von KoKo aufgeschrieben und damit einen Beitrag zur »Geschichtsklitterung« geliefert.[24]

Kurz vor Schalcks 80. Geburtstag am 3. Juli 2012 veröffentlichten der Chef des Verlages »edition ost«, Frank Schumann, und Schalcks Hausarzt Heinz Wuschech einen weiteren Porträtband, der schon in seinem Titel erkennen lässt, in welche Richtung die Aussage des Buches geht: »Schalck-Golodkowski: Der Mann, der die DDR retten wollte«.[25] Der Porträtierte äußerte sich in dem Buch selbst nicht, was seiner angegriffenen Gesundheit geschuldet ist, nachdem er 2003 einen zeitweiligen Herzstillstand erlitten hatte und mehrere Krebsoperationen über sich ergehen lassen musste.[26] Schalcks nur dem Namen nach letzter Vorgesetzter als Außenhandelsminister, Gerhard Beil, veröffentlichte bereits 2010 kurz vor seinem Tod eigene Memoiren, die jedoch ebenfalls wenig aussagekräftig in Bezug auf KoKo sind.[27]

Insofern stellt der Bereich Kommerzielle Koordinierung trotz der vielen Berichte über ihn nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar, das insbesondere noch in Bezug auf eine Darstellung seiner gesamten Geschichte besteht. Neben wenigen Studien zu einzelnen Unternehmen des KoKo-Verbundes wie der Dissertation von Ulf Bischof zur Kunst & Antiquitäten GmbH[28] wurden andere KoKo-Unternehmen oder der Bereich als Ganzes bisher eher nur im Rahmen von Untersuchungen zum gesamten Außenhandel der DDR oder ihres Wirtschaftssystems betrachtet.[29]

23 Rezension von Annette Weinke in *Süddeutsche Zeitung* vom 10. Juli 2000 sowie Peter-Jochen Winters, »Ein ehrenwerter Mann« in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Mai 2000.

24 Rezension von Manfred Lemaire, »Seine ungenaue Wahrheit«, in *Berliner Lese-Zeichen*, Ausgabe 08 + 09/2000, siehe http://www.luise-berlin.de/lesezei/blz00_08/text51.htm, aufgerufen am 10. Januar 2013.

25 Schumann/Wuschech 2012.

26 Vgl. *Leipziger Volkszeitung* (Onlineausgabe) vom 27. Juni 2012, in http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/ick-hab-fuer-die-ddr-gekaempft-devisenbeschaffer-schalck-golodkowski-wird-80/r-mitteldeutschland-a-143440.html, aufgerufen am 10. Januar 2013.

27 Beil 2010.

28 Vgl. Bischof 2003.

29 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arendt 1996, S. 59 ff.; Schwarzer 1999, S. 152 – 154; Steiner 2004; Kruse 2005, hier besonders S. 218 – 247; Zatlin 2007 a, hier besonders S. 246, 259 – 267 und 284; Krewer 2008, hier besonders S. 185 – 285; Ahrens 2009, S. 104 – 112; Judt 2009.

1. Wichtige Quellen für die Untersuchung

Die vorliegende Studie zielt darauf ab, einen Beitrag zur Darstellung der Geschichte des gesamten Bereiches Kommerzielle Koordinierung zu liefern. Das Bild von KoKo soll dabei differenzierter gezeichnet werden, als das durch frühere Publikationen bestimmt ist.

Sie stützt sich dabei in wichtigen Teilen auf die nach dem Abschluss der Untersuchungen des Bundestages sowie dem Ende von Strafprozessen gegen KoKo-Chef Schalck in den 1990er Jahren an das Bundesarchiv in Berlin übergebenen Unterlagen. Sie wurden lange Zeit als ein gesonderter Bestand DL 2/KoKo geführt, der inzwischen jedoch in den Bestand DL 2 (Ministerium für Außenhandel der DDR[30]) eingegliedert wurde. Wichtige weitere Quellen im Bundesarchiv waren zum einen Akten der Staatsbank der DDR und vor allem Bestände der SED und hier besonders die der Büros Mittag, Krenz und Honecker, der Abteilungen des SED-Zentralkomitees Planung und Finanzen, Handel, Versorgung, Außenhandel und – in geringerem Maße – anderer ZK-Abteilungen.

Zusätzliche Unterlagen konnten im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU) eingesehen werden. Hier hat sich allerdings gezeigt, dass viele Berichte zu einzelnen Geschäften ebenfalls im Bundesarchiv eingesehen werden konnten, ohne dass dort die Namen der handelnden Akteure geschwärzt sind, wie das nach den Bestimmungen des Stasiunterlagengesetzes bei der BStU üblich ist. Darüber hinaus zeigte sich, dass andere Unterlagen bei der BStU, insbesondere Treffberichte mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS in Unternehmen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, weniger ergiebig waren als ursprünglich angenommen.

In der Studie sind unterschiedliche statistische Daten ausgewertet worden, deren Vergleichbarkeit nicht in jedem Fall gegeben ist, die indes dennoch zur Analyse herangezogen werden mussten. Das betrifft sowohl Angaben zum

30 Diesen Namen führt das Ministerium erst seit 1974. Zuvor führte es die Bezeichnungen »Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel« (MAI, von 1950 bis 1967) bzw. Ministerium für Außenwirtschaft (1967 bis 1974).

gesamten Außenhandel der DDR mit den unterschiedlichen Ländergruppen als auch zum Ausmaß ihrer Verschuldung bei westlichen Gläubigern. Die Unterschiede ergeben sich vor allem aus drei Gründen.

1. Die Außenhandelsstatistik der DDR verwendete zwei Definitionen für die interne Verrechnungseinheit »Valutamark« (VM). Die eine orientierte sich an dem politisch bestimmten Umrechnungskurs von 1 DM = 1 VE = 1 VM, die für die Statistik des innerdeutschen Handels verwendet wurde. Der Außenhandel mit anderen westlichen Ländern (außer der Bundesrepublik und Berlin (West)) wurde ebenfalls in VM abgerechnet. Hier wurden indes die DM-Aufwertungen seit 1962 nicht berücksichtigt, was zu einem zu hohen Ausweis der Jahresumsätze und -salden in VM führte.[31] In der Summe der Jahressalden ergibt der kumulierte Betrag für die z. B. in einem Jahrzehnt angesammelten Importüberschüsse allerdings eine erhebliche Abweichung zwischen den sich aus der DDR-Statistik ergebenden Werten und denen aus der nachträglichen Neuberechnung.
   Die DDR-internen Angaben zur Verschuldung bei westlichen Gläubigern fallen zum einen aus dem gleichen Grund höher aus,[32] als sich aus nachträglichen Berechnungen, z. B. der Deutschen Bundesbank von 1999, ergeben.[33] Zum anderen sind in den DDR-Statistiken versteckte Reserven an Devisen nicht oder nur eingeschränkt berücksichtigt worden.[34] Deshalb gibt es erhebliche Unterschiede im Ausweis der Daten zur Verschuldung, sowohl im Hinblick auf den Stand am Ende des Jahres 1989 als auch bezüglich der Entwicklung in den Jahren zuvor.
2. Die internen Umrechnungskurse für Einnahmen und Ausgaben in westlichen Währungen (außer in DM) in VM wurden in der Regel einmal jährlich festgelegt. Das bedeutet, dass Angaben in VM aus einem Jahr nicht unbedingt vergleichbar sind mit denen aus anderen Jahren.[35] Das betrifft auch die in der Studie verwendeten Statistiken, aus denen die Entwicklung des geplanten und des sonstigen Westhandels der DDR ersichtlich werden.[36]
3. In einigen Fällen, z. B. in der Abrechnung des innerdeutschen Handels, sind in manchen DDR-Statistiken zusätzliche Geschäfte (z. B. mit Mineralöl und

31 Vgl. Volze 1999, S. 151 – 183.
32 Vgl. vor allem StJb DDR 1990, S. 32 f. Die Aussage trifft jedoch auch auf zuvor erstellte Statistiken zu.
33 Vgl. Bundesbank 1999, S. 50 f.
34 Vgl. Analyse vom 30. Oktober 1989 (22 Seiten), abgedruckt in *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 1112 – 1120.
35 Vgl. u. a. Entwicklung der Bilanz der Leistungen und Faktoren, die den Gesamtsaldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten beeinflussen sowie die Finanzierungsstruktur – NSW – Blatt 2« [o. D.], in BA Berlin, DN 10, Nr. 3492, o. Bl. und Nr. 3493, o. Bl.
36 Vgl. Entwicklung der Ex- und Importe, o. Bl.

Mineralölerzeugnissen) mit ausgewiesen worden,[37] die in anderen Statistiken keine Berücksichtigung fanden.[38]

Wann immer es geeignet erschien, wurden statistische Daten unterschiedlicher Provenienz gegenübergestellt. Zum einen werden den Lesern damit die Abweichungen deutlich gemacht, die sich aus der Zusammenführung aller verfügbaren Informationen bei der Neuberechnung der DDR-Statistiken in den 1990er Jahren ergeben hatten. Sicherlich stellen die jüngeren veröffentlichten Statistiken korrekt dar, wie hoch Außenhandelsumsätze und die Verschuldung der DDR tatsächlich waren. Das hat es ermöglicht zu bewerten, ob die DDR Ende 1989 / Anfang 1990 tatsächlich vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gestanden hat oder nicht.

Zum anderen war der Rückgriff auf die den Verantwortlichen in der DDR bekannt gewesenen Statistiken notwendig, weil nur diese bei den damaligen Akteuren Grundlage ihrer Entscheidungen waren. Will man sie nachvollziehen, kann auf zeitgenössische Statistiken nicht verzichtet werden.

Welche Probleme damit verbunden sein können, sollen zwei Werte illustrieren. In ihrer Analyse der ökonomischen Lage der DDR von Ende 1989 wiesen der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, der Finanzminister der DDR, Ernst Höfner, KoKo-Chef Schalck und der Minister für Außenhandel, Gerhard Beil, eine Verschuldung der DDR bei westlichen Gläubigern von 49 Mrd. VM aus. Das sollte den historischen Höchststand darstellen.[39]

Die Bundesbank wies in ihren Neuberechnungen von 1999 nicht nur einen weitaus geringeren Betrag von unter 20 Mrd. VM aus, sondern stellte zudem fest, dass der historische Höchststand bereits 1982 mit damals gut 25,1 Mrd. VM erreicht worden war. Danach ist der Saldo zunächst bis 1985 gesunken, um danach wieder anzusteigen, ohne den Höchstbetrag noch einmal bis 1989 zu erreichen.[40]

Viele Entscheidungsträger in der DDR gingen auf der Grundlage der Daten, die ihnen zur Verfügung standen, in den 1980er Jahren davon aus, dass sich die Verschuldung der DDR insgesamt weiter verstärkte, wo sie tatsächlich zurückging. Das musste Konsequenzen für ihre Vorschläge zur weiteren Entwicklung in den Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR haben.

Für diese Studie waren vor allem die Daten zum Westhandel, und hier besonders zum Handel mit westlichen Industrieländern, wichtig. Als Westhandel

37 Vgl. Innerdeutscher Handel zusammengestellt und berechnet nach BA Berlin, DL 2/KoKo, Nr. 1044, Bl. 264 f.
38 Vgl. Volze 1999, S. 178 und 180.
39 Vgl. Analyse vom 30. Oktober 1989.
40 Vgl. Bundesbank 1999, S. 60.

wird dabei jener Teil des DDR-Außenhandels definiert, der nicht mit staatssozialistischen Ländern durchgeführt wurde. Das sind alle Länder der Welt mit Ausnahme der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Kuba, Mongolei, Vietnam, Polen, Rumänien, Sowjetunion und Ungarn sowie Jugoslawien, China, Laos, Nordkorea.

Auf die auch in der Studie der Bundesbank von 1999 verwendete Bezeichnung »nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet« (abgekürzt NSW) wird außerhalb von Zitaten verzichtet, weil dieser in der DDR durchaus geläufige Begriff im heutigen Sprachgebrauch nur noch selten zu finden ist. Im Westhandel sind also alle anderen außereuropäischen Länder, die damaligen zwölf Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft (Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland (mit West-Berlin), Dänemark, Großbritannien, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal), die damaligen EFTA-Länder Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz und Österreich sowie die Türkei und Zypern erfasst worden.

Innerhalb des Westhandels hatte der Handel mit den westlichen Industrieländern herausragende Bedeutung. Diese Ländergruppe umfasst die Mitgliedsländer der EG-12 und der EFTA sowie die USA, Kanada, Neuseeland, Australien und Japan.

Innerhalb des Handels mit diesen beiden Gruppen von Ländern spielte wiederum der innerdeutsche Handel zwischen der DDR und Berlin (Ost), auf der einen Seite, und der Bundesrepublik und Berlin (West), auf der anderen, eine große Rolle. In Statistiken ostdeutscher Provenienz war er als Teil des Westhandels ausgewiesen, in solchen westdeutscher Provenienz wiederum gesondert geführt. Hieraus resultierte ebenso das Erfordernis, unterschiedliche statistische Angaben für die Analyse zu verwenden.

Neben der Unterscheidung nach Ländergruppen ist in dieser Studie die Einordnung der Handelsaktivitäten in den geplanten bzw. in den »sonstigen« oder außerplanmäßigen Außenhandel wichtig. Der Planhandel wurde in der DDR durch volkseigene Außenhandelsbetriebe (VE AHB) durchgeführt. Der außerplanmäßige Außenhandel wurde durch andere Unternehmen, vor allem die, die dem Bereich Kommerzielle Koordinierung direkt oder indirekt zugeordnet waren, betrieben. Anders als die VE AHB, die aus den Unternehmen des sogenannten Deutschen Innen- und Außenhandels (DIA) entstanden, waren die anderen Außenhandelsunternehmen bis zum Ende der DDR meist in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert. Die Firmen im Eigentum der KoKo waren allesamt GmbH, sofern sie ihren Sitz in der DDR hatten. Von KoKo betreute Unternehmen, die dem MfS zuzuordnen waren (z. B. Günter Forgber Industrie- und Handelsvertretungen) wurden offiziell als »Privathändler« bezeichnet.

Im Unterschied zu den KoKo-Firmen unterlagen die Betriebe des geplanten Außenhandels einer intensiven Kontrolle durch das Ministerium für Außenhandel der DDR (MAH) und der jeweiligen Fachministerien, die Staatliche Finanzrevision sowie der Aufsicht durch die den Außenhandel begleitenden Banken Deutsche Außenhandelsbank AG (DABA) und Staatsbank der DDR. Sie waren überdies stärker spezialisiert oder genauer: mussten ihre Tätigkeit auf ein eher kleines Wirtschaftssegment konzentrieren. Einige dieser AHB waren wichtigen Kombinaten der DDR zugeordnet, andere ließen bereits an ihrem Namen erkennen, mit welcher Produktpalette sie Handel trieben. Der AHB SKET vertrieb zum Beispiel Produkte des Magdeburger Schwermaschinenbaukombinats Ernst Thälmann, der AHB Heimelectric vor allem elektrische Haushaltsgeräte.

Die Unternehmen des außerplanmäßigen Außenhandels waren weder einer intensiven Kontrolle durch Außenhandels- und Fachministerien sowie Banken und Finanzrevision unterworfen, noch ging ihre Spezialisierung so weit wie bei den Planbetrieben. Sie erhielten nur in eingeschränktem Maße Planvorgaben: Das betraf vornehmlich Vorgaben zu den zu erwirtschaftenden Devisenerträgen, nicht aber Anweisungen dazu, auf welche Weise sie zu erbringen waren. Vorab vereinbart wurde die Höhe der abzuführenden Devisenerträge, die jedoch nicht nach jedem Geschäft, sondern nur über die Jahresabrechnung an den Staatshaushalt abzugeben waren.

2. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung im Wirtschaftssystem der DDR

Ein differenziertes Bild von KoKo zu zeichnen bedeutet keineswegs, die fragwürdigen Aktivitäten des Bereiches und seine Einbindung in das Herrschaftssystem der DDR zu relativieren. Die Beteiligung am Geschäft mit dem Freikauf politischer Gefangener aus der DDR durch die Bundesrepublik, bei dem KoKo die Gegenlieferungen des Westens weiter vermarktete, ist der wohl markanteste Beleg für diese Einbindung: Die Staatssicherheit war zuständig für die Auswahl der Personen, die auf die Freikauflisten kamen. KoKo wickelte die Übernahme von Waren ab, die im Austausch für ihre Freilassung geliefert wurden.

Unter den Geschäften, die nach wie vor als moralisch fragwürdig oder sogar illegal einzuordnen sind, stellte der Häftlingsfreikauf mit Abstand das bedeutendste dar. Zwischen 1962 und 1990 erhielt die DDR mehr als 3,4 Mrd. D-Mark für die Freilassung von politischen Gefangenen. Fast in allen Geschäften trat fast ausnahmslos die KoKo-Firma Intrac als Geschäftspartner der westdeutschen Firmen auf, die in der Regel gut vermarktungsfähige Rohstoffe wie Erdöl, Kupfer, (Industrie-)Diamanten, Silber oder Quecksilber lieferten. Die Einnahmen aus dem Weiterverkauf dieser Güter wurden zudem von KoKo verwaltet und spätestens seit Mitte der 1970er Jahre zur Erwirtschaftung von weiteren Zinseinnahmen durch Festanlagegeschäfte genutzt.[41]

Es bestand ein enges Wechselspiel zwischen KoKo und dem MfS, wenn westliche Geschäftspartner nachrichtendienstlich »abgeschöpft« oder in illegale Aktivitäten eingebunden werden sollten.[42] Die Unterstützung des MfS bei der Beschaffung von embargobewehrter Ware war für KoKo unverzichtbar. Die »Kaderauswahl« für den Bereich wurde ebenfalls maßgeblich durch den DDR-Geheimdienst gesteuert. Neben fachlichen Fähigkeiten prüfte das MfS die politische Zuverlässigkeit der für KoKo vorgesehenen Mitarbeiter. Schalck und weitere Führungspersonen waren selbst Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) des MfS. Andere Beschäftigte der KoKo-Firmen dienten der Staats-

41 Vgl. Judt 2007; Wölbern 2008, S. 856.
42 Vgl. Rafalzik, hier besonders S. 1029.

sicherheit als Inoffizielle Mitarbeiter (IM).[43] Am 1. September 1983 war im MfS aus der bisherigen Abteilung 7 der Hauptabteilung XVIII heraus eine gesonderte Arbeitsgruppe BKK gegründet worden, die neun OibE und 190 IM führte.[44]

Betrachtet man jedoch die gesamte Geschichte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von seiner Gründung im Jahre 1966 bis zur seiner Auflösung 1989/90, dann wird schnell deutlich, dass er mehr war als ein Instrument zur Abwicklung fragwürdiger Geschäfte.

KoKo wurde in der Mitte der 1960er Jahre vor allem mit dem Ziel gegründet, unter den Bedingungen der damals weitgehenden außenpolitischen Isolation der DDR und großen Hemmnissen für ihre außenwirtschaftliche Tätigkeit zusätzliche Devisen zu erwirtschaften, die durch Kredite oder auf anderen Wegen nicht zu beschaffen waren. Ohne auf unseriöse Geschäftsmethoden zu verzichten, musste schon allein diese Aufgabenstellung bedeuten, das Wachstum der eigenen Außenhandelstätigkeit danach verstärkt oder sogar vorrangig unter Nutzung international üblicher Methoden zu erreichen, also solche Geschäftspraktiken anzuwenden, die auch von anderen Außenhandelsunternehmen angewendet werden.

Das war umso mehr der Fall, je mehr die frühere außenpolitische und außenwirtschaftliche Isolation der DDR seit Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre aufgebrochen und schließlich beseitigt wurde. KoKo und ihre Firmen profitierten in den 1970er und 1980er Jahren wie die Außenhandelsbetriebe, die nicht unter der Führung des Bereiches standen, von dem allgemeinen Aufschwung im Handel der DDR mit westlich orientierten Industrie- und Entwicklungsländern.

Es sind daher in allererster Linie die »normalen«, die legalen und seriösen Geschäfte, die eine Korrektur des öffentlichen Bildes von KoKo rechtfertigen. Betrachtet man eingehender Quantität und Qualität der unterschiedlichen Geschäftsfelder, so sticht hervor, dass die Unternehmen des Bereiches sogar zum weit überwiegenden Teil legale und international übliche Handelsaktivitäten betrieben.

Die bereits erwähnte Intrac vermarktete nicht nur die im Häftlingsfreikauf erlangten Rohstoffe weiter, sondern handelte ganz generell mit Rohstoffen, Chemieerzeugnissen und weiteren Waren. Sie war mit Abstand das umsatzstärkste KoKo-Unternehmen. Eine andere KoKo-Firma, Zentralkommerz,

43 Vgl. u. a. Befehl 12/88 vom 21. 6. 1988 »zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel und der ihm direkt unterstellten Außenhandelsbetriebe und Vertretergesellschaften«, S. 1–16, hier 3; BStU, ZA, DSt 103492, darauf verwiesen in Buthmann 2003, S. 28.

44 Vgl. Stichwort AG BKK, in Engelmann 2011, S. 39.

handelte vor allem mit Agrarerzeugnissen. Die Intershop GmbH (bzw. die spätere Forum Handelsgesellschaft) betrieb das Netz der Devisenläden an den Grenzübergangsstellen der DDR und an vielen anderen Orten innerhalb des Landes. Transinter erlangte eine dominante Stellung in der Vertretung westlicher Firmen bei DDR-Betrieben, führte damit aber übliche Aufgaben im Außenhandel aus. Die erst 1977 entstandene Berliner Import- und Export-Gesellschaft mbH (BIEG) war im Handel mit Konsumgütern, insbesondere mit Textilien und Schuhen, in Finanzgeschäften und einigen Geschäften im Bereich des Gesundheitswesens (wie z. B. dem Handel mit Blutplasma oder der Durchführung von Medikamententests in der DDR im Auftrag westlicher Pharmaunternehmen) aktiv. Die anderen kleineren Firmen, die zu KoKo gehörten bzw. von ihr geführt wurden, wickelten ebenso zum großen Teil legale Geschäfte ab.[45]

In weiten Teilen machten KoKo-Unternehmen seit den 1960er Jahren also nichts anderes als die Betriebe des geplanten Außenhandels. Das taten sie allerdings unter den Bedingungen einer privilegierten Stellung innerhalb des Wirtschafts- und Rechtssystems der DDR.

Das betraf nicht die weitgehende Befreiung von einer detaillierten Planberichterstattung, sondern auch die fehlende Kontrolle durch die Staatliche Finanzrevision der DDR, die sonst für alle volkseigenen Betriebe, darunter die AHB, zur Anwendung kam. Schon in der Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates vom 1. April 1966 zur Gründung des Bereiches wurde festgelegt, dass zur Rechnungsprüfung in den KoKo-Unternehmen gerade einmal zwei Revisoren vom Finanzminister zu bestimmen seien.[46]

Die einzelnen KoKo-Unternehmen führten ihre Erträge nicht direkt an den Staatshaushalt der DDR ab, sondern an den übergeordneten Bereich Kommerzielle Koordinierung. Dieser überwies wiederum nur einen bestimmten, zu Beginn des Kalenderjahres festgelegten Betrag an den DDR-Staatshaushalt. Darüber hinausgehende Erträge verblieben in der Verfügungsgewalt von KoKo und verschafften dem Bereich in finanzieller Hinsicht einen breiten Handlungsspielraum, den die Betriebe des geplanten Außenhandels nicht hatten.

Den einzelnen KoKo-Unternehmen war es gestattet, eine deutlich breiter aufgefächerte Produktpalette zu bearbeiten, als das bei den Planbetrieben der Fall war. Das ergab sich zum einen aus den vertraulichen Aufgaben der einzelnen Unternehmen. Das von KoKo handelspolitisch angeleitete Außenhandelsunternehmen Camet, das vornehmlich im Auftrag der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS tätig war, realisierte zum Beispiel Importe an Spionagetechnik

45 Vgl. Bericht vom 12. März 1990, Bl. 144 f.
46 Vgl. Fischer 1993, Dokument 2 (Seite 3 des Dokuments).

und organisierte die Wartung von Kraftfahrzeugen aus westlicher Produktion für den Fuhrpark der Staats- und Parteiführung oder für prominente DDR-Bürger.

Zum anderen betrieben KoKo-Unternehmen Handel mit Produkten, der keiner besonderen Geheimhaltung unterliegen musste. Intrac führte Chemieerzeugnisse, Rohstoffe und – in späteren Jahren – Agrarerzeugnisse ein und aus. Das Unternehmen fand in den VE AHB Nahrung, Chemie oder Metallurgiehandel Betriebe des geplanten Außenhandels, die mit den gleichen Produkten, jedoch in größerer Spezialisierung, handelten. In vielen Fällen arbeiteten Betriebe des geplanten Außenhandels mit KoKo-Unternehmen zusammen.

Aus diesen Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen geplantem und nichtgeplantem Außenhandel der DDR leitete sich für diese Studie eine zentrale, nur vermeintlich profane Fragestellung ab: Warum gab es den Bereich Kommerzielle Koordinierung überhaupt?

Warum bedurfte es einer besonderen Firmengruppe, die in großem Umfang mit Gütern handelte, die zur gleichen Zeit von anderen Außenhandelsbetrieben der DDR ebenso vertrieben oder eingekauft wurden? Warum wuchs sogar das Volumen des außerplanmäßigen Außenhandels der DDR, in dessen Rahmen die KoKo-Geschäfte realisiert wurden, in den 1970er und 1980er Jahre weit stärker als das des geplanten Außenhandels? Warum kam KoKo-Firmen zur gleichen Zeit die Pionierrolle bei der Erschließung neuer Märkte und Geschäftsfelder zu, die in einigen Fällen zuvor von Unternehmen des geplanten Außenhandels eingenommen worden war?

Vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten ungünstigen Außenhandelsbedingungen für die DDR in den 1950er und 1960er Jahren war es sicherlich sinnvoll, eine Gruppe von Unternehmen zu unterhalten, deren Hauptaufgabe es war, zum Zwecke der Devisenbeschaffung auch ungewöhnliche Wege gehen zu können. Erklärlich war das Ziel, bestimmte Geschäfte, die ein höheres Maß an Vertraulichkeit erforderten, nicht über Betriebe des geplanten Außenhandels der DDR abwickeln zu lassen. Auch andere staatssozialistische Länder unterhielten eigene Firmen im In- und Ausland zur Betreuung solcher Geschäfte.

Mit der weitgehenden Normalisierung der Außenhandelsbedingungen für die DDR in der ersten Hälfte der 1970er Jahre hätte es jedoch die Alternative gegeben, den Bereich Kommerzielle Koordinierung wieder aufzulösen oder wenigstens den Aufgabenbereich der ihm zugeordneten Firmen auf besagte vertrauliche Geschäfte einzugrenzen. Doch genau das Gegenteil geschah: Die Bedeutung von KoKo nahm in den 1970er und 1980er Jahren noch weiter zu.

Daraus folgt die übergeordnete Fragestellung nach der Rolle von KoKo im planwirtschaftlichen System der DDR in allen Jahren ihres Bestehens. In sei-

nen Memoiren hat Schalck KoKo als »eine nach kapitalistischen Methoden funktionierende Organisation« bezeichnet, die »einer sozialistischen Volkswirtschaft an die Seite gestellt« wurde.[47] Der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz bezeichnete KoKo im Juni 1993 sogar als eine »Insel der Marktwirtschaft« innerhalb der DDR.[48] War KoKo tatsächlich eine Art »marktwirtschaftliche Nische«, durch deren Existenz das Funktionieren der DDR-Planwirtschaft abgesichert wurde?

KoKo wurde seit 1966 mit umfassenden Rechten ausgestattet, die den Betrieben des geplanten Außenhandels bis fast zum Ende der DDR verwehrt waren. Das betraf die Ausgestaltung der juristischen Rahmenbedingungen, das Gewähren von besonderen Zugriffsrechten auf Ressourcen innerhalb der DDR-Volkswirtschaft und den Einfluss von KoKo auf die Zollpolitik der DDR.[49] Die besondere Rechtsstellung von KoKo wurde bis 1971/72 weitgehend abgeschlossen und im November 1977 durch ihre Unterstellung unter die Führung durch den Wirtschaftssekretär des SED-Zentralkomitees, Günter Mittag, nur ergänzt.[50]

Die wichtigste rechtliche Rahmenbedingung war der Status als »Devisenausländer«, den KoKo und die von ihr geführten Unternehmen erhielten. Im internationalen Handel ist es üblich, dass Außenhandelsunternehmen bei Banken in den Heimatländern ihrer Geschäftspartner eigene Konten unterhalten, über die der Zahlungsverkehr abgewickelt wird. Sie sind dort rechtlich als Konten von Devisenausländern definiert, über deren Guthaben die Kontoinhaber frei verfügen können. »Deviseninländern«, also Bürgern oder Unternehmen aus dem Land selbst, kann durch die Regierungen der jeweiligen Länder untersagt werden, Guthaben ins Ausland zu transferieren. Bei Devisenausländern ist das in der Regel nicht der Fall bzw. würde Gegenaktionen der Regierungen jener Länder nach sich ziehen, aus denen die Devisenausländer stammen.

Die Betriebe des geplanten Außenhandels der DDR konnten – etwa zum Abdecken von laufenden Kosten – geringfügige Guthaben in westlicher Währung unterhalten. Es war jedoch nur den KoKo-Firmen erlaubt, ähnlich wie tatsächliche Devisenausländer völlig frei über höhere Kontobestände zu verfügen. Nur sie waren deshalb in der Lage, in Ergänzung zu realwirtschaftlichen Außenhandelsgeschäften finanzwirtschaftliche Operationen durchzuführen. Mehr noch: Die anfängliche Verpflichtung für KoKo, ihre Guthaben zum größten Teil bei in Berlin (Ost) ansässigen Geldinstituten zu führen, wurde

47 Schalck 2000, S. 172. Siehe auch Malycha / Winters 2009, S. 211 und 220.
48 *Handelsblatt* vom 24. Juni 1993.
49 Vgl. Goll 2011, S. 283.
50 Vgl. Bericht vom 12. März 1990, Bl. 139 f.

bereits in den 1970er Jahren gelockert. Im Dezember 1989 waren etwa ein Viertel der Guthaben von KoKo (2,05 Mrd. von insgesamt gut 8,14 Mrd. DM) im Ausland fest angelegt.[51]

Vielfach wird in der Literatur vermutet, dass KoKo diesen Status offiziell erst 1972 erlangte, als in der Verfügung Nr. 129/72 des Vorsitzenden des Ministerrates ausdrücklich auf ihn verwiesen wurde. Tatsächlich heißt es dort aber, KoKo und ihre Firmen würden diesen Status nicht erhalten, sondern »behalten«.[52] Er war dem Bereich zumindest de facto bereits bei seiner Gründung verliehen worden. In der Information des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) über die per 1. Oktober 1966 erfolgte Bildung des Bereiches wurde als interne Regelung festgestellt, dass es zu den Rechten und Befugnissen seines Leiters gehöre, »über die Konten zu verfügen, die das MAI zur Durchführung der speziellen Aufgaben des Bereiches ›Kommerzielle Koordinierung‹ bei der Deutschen Notenbank, der Deutschen Außenhandelsbank AG und der Deutschen Handelsbank AG unterhält«.[53]

Die erweiterten Zugriffsrechte von KoKo auf Ressourcen der DDR-Volkswirtschaft betrafen anfangs die strategischen Reserven an Rohstoffen und Devisen, die für Spekulationsgeschäfte herangezogen werden konnten.[54] In den 1970er Jahren und vermehrt in den 1980er Jahren konnte der Bereich zusätzlich auf Produktionskapazitäten in der DDR-Wirtschaft zurückgreifen. Zeitweilig nicht ausgelastete Kapazitäten oder eigentlich für die Planerfüllung gebundene Kapazitäten in volkseigenen Betrieben (VEB) wurden für eigene Zwecke aktiviert, entweder, um kurzfristige Engpässe im Interesse der VEB zu beseitigen oder zur Erwirtschaftung weiterer Erträge für KoKo. Betriebe des geplanten Außenhandels verfügten über solche Zugriffsrechte und die daraus entstehenden Ertragsmöglichkeiten nicht. Die beteiligten VEB erwarben bei den Geschäften zwar sogenannte Valutaanrechte, konnten diese jedoch nur über KoKo einlösen und mussten zudem dabei an den Bereich hohe Provisionen zahlen.

Maßgeblich konnte der Bereich Kommerzielle Koordinierung schließlich die Zollpolitik der DDR gestalten und dabei Sonderregelungen treffen, die

51 Vgl. Lösch / Plötz 1994, S. 76.

52 Vgl. Verfügung Nr. 129/72 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 14. September 1972, in Fischer 1993, Dokument 11 (Seite 1 des Dokuments).

53 Fischer 1993, Dokument 3 (Seite 2 des Dokuments).

54 Vorlage für das Politbüro des ZK der SED »Beschluß über die Ordnung der Staatsdevisenreserve« (vom 8. September 1969), in Fischer 1993, Dokument 6); »Beschluß [des Ministerrates] die Ordnung der Staatsdevisenreserve« (vom 10. September 1969), in ebd., Dokument 7; »Verfügung [des Vorsitzenden des Ministerrates] Nr. 16/70 über die Ordnung über die Planung, Bildung, Verwaltung, Verwendung und Abrechnung der Staatsdevisenreserven sowie über die Durchführung der Aufgaben, die sich aus den Grundsätzen und Entscheidungen über diese Reserven ergeben« (vom 2. Januar 1970), in ebd., Dokument 8.

eigene Außenhandelslieferungen oder -bezüge von der sonst üblichen Zollkontrolle befreiten.[55] Was für die Absicherung von geheimen Geschäften, etwa beim Bezug von Embargowaren, erforderlich war, gestaltete sich zu einem Privileg auch beim Verfolg legaler Geschäfte. Die bevorzugte Behandlung von westlichen KoKo-Geschäftspartnern bei Grenz- und Zollkontrollen der DDR, die ggf. unkontrollierte Ein- und Ausfuhr von Handelsgütern verbesserte das Geschäftsklima zwischen den Partnern ganz generell.

Die ausgeprägte marktwirtschaftliche Orientierung ihrer Unternehmen ist nicht zu bestreiten, doch ist in dieser Studie zu prüfen, ob KoKos Verbindungen mit dem planwirtschaftlichen System der DDR nicht doch enger waren, der Bereich demnach eher ein notwendiges Element für das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft, also Teil der Planwirtschaft, war.

Selbst die enge Verbindung zwischen KoKo und dem MfS erscheint vor diesem Hintergrund in einem anderen Licht. Zweifellos standen die Mitarbeiter von KoKo nach ihrer Einstellung bei den Firmen des Bereiches weiter unter der Überwachung durch das MfS. Allerdings belegen viele Treffberichte mit Inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit in KoKo-Firmen, dass diese vor allem konkrete Geschäftsaktivitäten beschrieben. Jenseits von Befragungen in Fällen von Republikflucht wurden »Stimmungsberichte« (wie sie von IM in anderen Bereichen der DDR-Gesellschaft eingeholt wurden) erst im Herbst 1989 – im Angesicht der Krise des SED-Regimes – erbeten.[56] Anscheinend war das MfS gegenüber der KoKo bis dahin vor allem in eine Rolle geschlüpft, die bei den Planbetrieben vom MAH und den fachlich spezialisierten Ministerien wahrgenommen wurde: Zwar konnte KoKo sehr frei über die Art und Weise ihrer Geschäftstätigkeit entscheiden, doch wenigstens das MfS sollte wissen, was KoKo konkret unternahm.

In ihrer gemeinsamen, 1970 verteidigten Dissertation »Zur Vermeidung ökonomischer Verluste und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen im Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik« hatten Alexander Schalck und Heinz Volpert unter anderem vorgeschlagen, im Rostocker Überseehafen eine Freihandelszone einzurichten, in der KoKo ihre Geschäfte abwickeln könnte.[57] Freihafengelände sind in vielen Ländern als besondere Wirtschaftszonen aus-

55 Vgl. Goll 2011, S. 283.

56 Vgl. u. a. »Information zur Mitgliederversammlung der Grundorganisation [der SED im Bereich Kommerzielle Koordinierung] am 13. 11. 1989«, in BStU, MfS, XV 2644/80 IM »Wald«, Nr. 7699/91, Bl. 179 – 182.

57 Vgl. Alexander Schalck-Golodkowski / Heinz Volpert, »Zur Vermeidung ökonomischer Verluste und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen im Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik«, Potsdam 1970, in Fischer 1993, Dokument 9, hier besonders die Seiten des Dokuments 117 f.

gewiesen, die räumlich getrennt vom übrigen Staatsgebiet vor allem für Handelszwecke, durchaus aber auch für die Ansiedlung von Verarbeitungsstätten genutzt werden. Der endgültige Import von Waren, die in solchen Zonen gehandelt oder produziert werden, erfolgt offiziell erst, wenn sie in das übrige Staatsgebiet eingeführt werden.

Im Rostocker Überseehafen ist nie eine Freihandelszone eingerichtet worden, doch erlaubt es die oben beschriebene privilegierte Rechtsstellung von KoKo und ihre Unternehmen, eine andere These eingehend zu prüfen. Kann KoKo als eine Art »virtueller Freihandelszone« charakterisiert werden, die nicht an einen Hafen gebunden, sondern über eine begrenzte Zahl von Standorten auf dem Gebiet der DDR verteilt war?

In der Tat sprechen Faktoren wie das freie Verfügen über große Teile der selbst erwirtschafteten Erträge, der Unterhalt von Tochterunternehmen im Ausland oder von besonderen Lagerbetrieben im Inland außerhalb des Zugriffs durch Ministerien oder Behörden der DDR für das Bild von einer virtuellen Freihandelszone. In gewisser Weise symbolisiert das in den Jahren 1976 bis 1978 in Berlin (Ost) errichtete Internationale Handelszentrum (IHZ) ebenfalls dieses Bild. Es befand sich im Besitz der KoKo und beherbergte neben KoKo-Firmen wie Transinter und IMES viele Repräsentanzen ausländischer Firmen in der DDR.

3. Entwicklungsphasen von KoKo

Die Bewertung und Charakterisierung der Aktivitäten von KoKo erfolgt in dieser Studie auf der Basis der Darstellung von vier sehr unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Bereiches.

Die ersten Jahre der Existenz des Bereiches Kommerzielle Koordinierung werden hier als seine Etablierungsphase definiert. Sie umfasst den Zeitraum von 1966 bis etwa 1972.

Die anschließenden Jahre bis 1979/80 umfassen die erste Modernisierungsphase in der DDR-Volkswirtschaft. Sie fand in der Kreditkrise der beginnenden 1980er Jahre ihre abrupte Unterbrechung, die die dritte Phase der KoKo-Geschichte darstellt. Die vierte Phase betrifft schließlich den Zeitraum von etwa 1985 bis zum Herbst 1989.

In der *Etablierungsphase* von der Mitte der 1960er bis zum Beginn der 1970er Jahre stand vor allem das kurzfristige Erwirtschaften von Devisen im Mittelpunkt der KoKo-Tätigkeit. Aufbauend auf den Erfahrungen bei der Realisierung von Geschäften, bei denen unseriöse Methoden wie das Umkonfektionieren von in der DDR hergestellten Halbfabrikaten als Erzeugnisse westlicher Hersteller angewendet wurden,[58] erlangten international durchaus übliche, wenn auch sehr riskante Spekulationsgeschäfte mit den Beständen der strategischen Reserve der DDR zunehmende Bedeutung.[59] Daneben begann KoKo bereits zu Beginn der 1970er Jahre mit dem Einwerben von Bankkrediten bei westlichen Geldgebern, was der DDR zuvor fast vollständig verwehrt worden war.[60]

Die nachfolgende *erste Modernisierungsphase* umfasste die gesamten 1970er Jahre. Vor dem Hintergrund von seit Beginn dieses Jahrzehnts für die DDR weitgehend normalisierten Außenhandelsbedingungen im Austausch von Waren und Dienstleistungen mit westlichen Ländern und dem zuvor ungekann-

58 Vgl. Fischer 1993, Dokument 9, S. 117 f.
59 Vgl. »Beschluß über die Ordnung der Staatsdevisenreserve« (vom 10. September 1969), in: Fischer 1993, Dokument 7; Dokument 8, hier Seite 4 der Verfügung.
60 Vgl. Bahl 2010.

ten Zugang zu westlichen Krediten wollte die DDR den Kapitalstock der eigenen Volkswirtschaft modernisieren. KoKo hatte dabei die Verhandlungen zum Abschluss von Verträgen über große Vorhaben zu koordinieren bzw. zu führen, bei denen allerdings in der Regel letzten Endes Betriebe des geplanten Außenhandels als offizielle Vertragspartner auftraten. Insofern legte KoKo in dieser Phase die Grundlagen für einen kontinuierlichen Devisenzufluss, bei denen die vorab abgeschlossenen sogenannten Gegengeschäftsvereinbarungen (GGV) die Möglichkeit boten, in der DDR entwickelte Produkte oder jederzeit vermarktungsfähige Erzeugnissen (wie zum Beispiel Kraftstoffe) in westliche Länder zur Refinanzierung der ursprünglichen Anlagenimporte zu nutzen. Insofern war diese Phase in der Geschichte von KoKo durch das Ziel geprägt, die schon zuvor durchgeführten kurzfristigen Geschäfte zur Devisenbeschaffung durch mittelfristig angelegte zu ergänzen, die eine größere Kontinuität in der Versorgung der DDR mit westlichen Devisen versprachen. Zudem erhoffte sich die DDR, dass nach Ablauf der GGV weiter Produkte bezogen würden. Die Kompensationsvorhaben sollten demnach indirekt helfen, Märkte für DDR-Produkte zu erschließen.[61]

Die erste Modernisierungsphase wurde jäh durch die *Kreditkrise* der beginnenden 1980er abgebrochen, die Gegenstand des zweiten Hauptkapitels ist. In diesen Jahren rückte die auf kurzfristig zu erreichende Ziele gerichtete Devisenerwirtschaftung erneut in den Mittelpunkt der Tätigkeit von KoKo. Nachdem der DDR ab Ende Dezember 1981 keine weiteren Kredite westlicher Banken gewährt wurden und ihr sogar drohte, dass bereits erhaltene Kredite vorzeitig fällig gestellt werden könnten, musste der Bereich Kommerzielle Koordinierung über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren für die fortwährende Liquidität der DDR in westlichen Devisen Sorge tragen.

Das gelang ihr durch mehrere Maßnahmen. Zum Ersten wurde der DDR-Export in westliche Länder stark ausgeweitet, wobei sowohl KoKo-Unternehmen als auch die Betriebe des geplanten Außenhandels ihre Anstrengungen verstärkten. Zum Zweiten wurden Importe aus westlichen Ländern gedrosselt. Diese beiden Maßnahmen wurden auf Kosten der Versorgung der eigenen Volkswirtschaft und der DDR-Bevölkerung durchgeführt. Zum Dritten wurde die ständige Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber westlichen Gläubigern aber vor allem durch besondere Tauschgeschäfte mit der Sowjetunion unter Hinzuziehung von Waren aus weiteren Ländern sichergestellt. Unter Ausnutzung der unterschiedlichen, aber international üblichen Zahlungsfristen bei verschiedenen Warengruppen und durch das Gewähren verlängerter Zahlungsfristen durch die Sowjetunion konnte die DDR jene Liquidität be-

61 Vgl. Judt 2008.

reitgestellt bekommen, die sie vor einer Pleite bewahrte. Im Umgang mit kurzfristigen Finanzierungslinien von wenigen Monaten bis zu anderthalb Jahren war die DDR dabei schon aus den 1950er und 1960er Jahren trainiert, als ungünstige außenwirtschaftliche Bedingungen andere Wege der Kreditfinanzierung ebenfalls versperrt hatten. Zum Vierten bedeutete das Einwerben von zwei Krediten westdeutscher Großbanken unter Vermittlung durch den damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß den endgültigen Ausweg aus der Kreditkrise. Sie sind weniger in ihrer Rolle als liquide Mittel zu bewerten denn als Mittel zum Zweck der erneuten Öffnung von weiteren Kreditierungsmöglichkeiten durch andere westliche Banken in der Zeit danach.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre rückte die Beteiligung an einem *neuen Modernisierungsschub* in der DDR-Volkswirtschaft in den Vordergrund der KoKo-Tätigkeit. Erneut sollten dabei Kompensationsvorhaben helfen, für die DDR Einnahmen aus Exporten in westliche Länder zu generieren. KoKo war wiederum beim Zustandekommen solcher Vereinbarungen maßgeblich beteiligt, die jedoch erneut in der Regel durch Betriebe des geplanten Außenhandels letztendlich umgesetzt wurden.

Im Unterschied zur ersten Modernisierungsphase zielten die Kompensationsvorhaben in den 1980er Jahren allerdings weit weniger darauf ab, in der DDR entwickelte Erzeugnisse für die Gegenlieferungen bereitzustellen. Vielmehr erlangten sowohl sofort vermarktungsfähige Mineralölerzeugnisse als auch in westlichen Ländern entwickelte Produkte große Bedeutung. Damit machten diese Vorhaben die DDR zu einer Art »verlängerter Werkbank« von westlichen Unternehmen, die bereits veraltete Technologien bereitstellten und die noch immer auf eigenen Märkten absatzfähigen Produkte in die eigene Fertigung integrierten.

Die vier beschriebenen Phasen werden in drei Hauptkapiteln abgehandelt, wobei die Etablierungsphase gemeinsam mit der ersten Modernisierungsphase in einem Kapitel beschrieben wird. Der chronologische Aufbau der Studie bietet sich aus der Unterschiedlichkeit der einzelnen Phasen an. Eine andere Variante wäre gewesen, die Studie entlang der unterschiedlichen Geschäftsfelder oder nach Firmen zu ordnen. Charakteristische Elemente der KoKo-Tätigkeit in einer Phase konnten ja durchaus weiterhin eine wichtige Rolle in anderen Phasen spielen.

Die Abnahme von Abfallstoffen aus dem Westen ist dafür ein Beispiel: Sie begann zunächst mit einzelnen Verträgen mit der (West-)Berliner Stadtreinigung und langfristigen Vereinbarungen mit einem zum Teil senatseigenen Unternehmen, die von einem Betrieb des geplanten Außenhandels in den 1970er Jahren abgeschlossen wurden. Mitten in der Kreditkrise der beginnenden 1980er Jahre wurden diese Verträge von einer KoKo-Firma übernommen, die zusätzlich mit einem Unternehmen in der Bundesrepublik die Abnahme

von Abfallstoffen aus Hamburg vereinbarte. In den 1980er Jahren wurde dieses Abfallgeschäft auf weitere Städte und Regionen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten ausgedehnt.

Weitere Beispiele für die verschiedene Perioden übergreifenden Geschäfte sind der Betrieb der Intershops und des Genex-Versandhandels, die Sondergeschäfte mit den großen Kirchen und der Häftlingsfreikauf. Weil die einzelnen Zeitabschnitte jedoch jeweils durch den Vorrang unterschiedlicher Aufgaben für KoKo geprägt waren, wurde eine Anordnung der Kapitel nach Geschäftsfeldern zugunsten der chronologischen Darstellung verworfen.

Im dritten Hauptkapitel wird der Frage nachgegangen, welchen Beitrag KoKo zum Ende der DDR geleistet hat. Im Zusammenhang mit einer Diskussion zu der Frage, ob die DDR 1989/90 wirklich pleite war, sollen die Befürchtungen von Schalck und anderen wichtigen SED-Wirtschaftsfunktionären beleuchtet werden, dass die DDR spätestens zu Beginn der 1990er Jahre erneut vor einer Liquiditätskrise gestanden hätte.

Tatsächlich plante KoKo für die Jahre bis 1994 die Mobilisierung fast aller Devisenreserven der DDR, das deutliche Ausweiten der DDR-Exporte in westliche Länder und das erneute Einfrieren und Zurückfahren der Importe von dort. Wiederum wäre, wenn die DDR nicht zuvor politisch zusammengebrochen wäre, das Erwirtschaften von Devisen in den Mittelpunkt der KoKo-Tätigkeit gelangt. In der Gegenüberstellung von Planungen zum Außenhandel mit westlichen Ländern in der Kreditkrise vom Beginn der 1980er Jahre und ihrer Realisierung, auf der einen Seite, und den Vorstellungen zum Meistern der Anfang der 1990er Jahre drohenden Liquiditätskrise, auf der anderen, lassen sich Rückschlüsse in Bezug auf die Überlebensfähigkeit der DDR nach 1989 ziehen. So lassen die von Schalck bereits 1988/89 zusammengestellten Daten zu den notwendigen Exportüberschüssen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit in der ersten Hälfte der 1990er Jahre es als unrealistisch erscheinen, dass die DDR wirtschaftlich viel länger überlebt hätte, als sie es politisch in der Realität tat. Sie war 1989 noch nicht pleite, ist ihrer Zahlungsunfähigkeit aber sehr wahrscheinlich durch die Auflösung als Staat entgangen.

Das Schlusskapitel dient der Gesamtbewertung von KoKo. Der Mythos, der Ende 1989 vor allem in Anbetracht der eher fragwürdigen Geschäfte in der Öffentlichkeit entstand, wird kritisch hinterfragt. Das zielt darauf ab, festzustellen, ob es überhaupt berechtigt ist, im Zusammenhang mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung von einem Mythos zu sprechen.

Die eingangs gestellte Frage nach den Gründen für die Existenz von KoKo wird im Lichte der in den Kapiteln davor beschriebenen Aktivitäten von KoKo erneut diskutiert. Auf dieser Grundlage werden Charakterisierungen von KoKo als »marktwirtschaftlicher Nische« bzw. »virtueller Freihandelszone« abschließend bewertet.

1966 bis 1981:
Außenhandel und Entspannungspolitik